JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 15 | Bremen, den 1. November 1929 | 1. Jahrgang

JÜDISCHES
GEMEINDEBLATT
MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE
AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG
BREMEN
Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt
Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet
Verlagsort Kassel
Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich
Nr. 15 | Bremen, den 1. November 1929 | 1. Jahrgang

Von der Kalenderreform.

Saul Lilienthal, Wiesbaden.

Wenn wir heute unsere Leser über die in den letzten Jahren ihrer Verwirklichung stark näher gerückte Reform des bürgerlichen Kalenders eingehend unterrichten wollen, so geschieht das, weil sie, in die Tat umgesetzt, unsere wirtschaftlichen und unter Umständen unsere religiösen Verhältnisse nicht wenig beeinflussen würde.

Die wichtigsten Nachteile des jetzigen bürgerlichen Kalenders liegen auf der Hand und bestehen kurz darin:

1. Das Datum für regelmäßig wiederkehrende Begebenheiten kann nicht durch eine Angabe gekennzeichnet werden. Bei wöchentlichen Wiederholungen wechselt das Monatsdatum, bei monatlichen oder jährlichen der Wochentag. Dem Irrtum und der Unsicherheit sind Tür und Tor geöffnet. Darum müssen Ferien, Märkte, regelmäßig wiederkehrende Erhebungen für jedes Jahr neu festgesetzt werden.

2. Wochen werden durch Monate, Monate durch Wochen in unregelmäßigster Weise zerrissen. Die Berechnung von Betriebsergebnissen und Aehnlichem wird dadurch mehr oder minder gefälscht, wenigstens sehr erschwert.

3. Ist der 15. oder der Letzte eines Monats ein Sonntag, so erfolgen die vielen Zahlungen, die an diesen Tagen fällig sind, entweder zu früh oder zu spät, so daß immer eine Partei geschädigt ist.

4. Die ungleiche Dauer der Monate (28, 29, 30, 31 Tage) bewirkt auch die Ungleichheit und Unvergleichbarkeit der Quartale und Semester.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden durch die Veränderlichkeit aller jüdischen und gewisser christlichen Festtage gegenüber dem bürgerlichen Kalender noch außerordentlich erhöht. So wandert das Datum für Peßach zwischen dem 23. März und 25. April; nach 300 Jahren wird es zwischen dem 24. März und dem 26. April wandern. Die griechische und die russisch-orthodoxe Kirche feiern ihr Osterfest am Sonntag und Montag nach dem Ende unseres jüdischen Peßachfestes, die römisch-katholische und alle protestantischen Kirchen am Sonntag und Montag nach dem ersten Frühlings-Vollmond.

Wie schwer ist es für unsere Geschäftswelt, die christlichen und jüdischen Feiertage zu halten. Dort aber, wo griechische und abendländische Christen und Juden in größerer Zahl beieinander wohnen, müssen doch die Geschäftsleute, Handwerker, Angestellten häufig sechs Tage statt zweier halten. Die wirtschaftlichen oder aber die religiösen Schäden sind also außerordentlich groß.

Seit Jahrzehnten sind darum Bestrebungen im Gange, 1. den bürgerlichen Kalender so zu vereinfachen, daß jedes Monats- bzw. Jahresdatum einem bestimmten Wochentag entspricht, 2. die Festtage so zu legen, daß sie auf bestimmte gleiche Daten des neuen bürgerlichen Jahres fallen.

Die zweite Aufgabe ist für die christlichen Kirchen verhältnismäßig leicht zu lösen, weil die obersten Kirchenbehörden (Synoden, Papst, Konsistorien) an sich das Recht haben, den Kirchenkalender zu ändern und an den bürgerlichen anzupassen. Bei uns Juden ist diese Aenderung schwieriger zu erreichen, weil wir eine Behörde mit dem entsprechenden Recht nicht mehr oder noch nicht wieder besitzen. Absolut unlösbar ist die Aufgabe auch für uns nicht. Das von den Kalenderreformern vorgeschlagene Osterdatum, der 9. April, entspricht sogar einigermaßen dem mittleren Peßachdatum.

Vorher muß aber die erste Aufgabe gelöst sein: Die Vereinfachung des bürgerlichen Kalenders dahingehend, daß jeder Kalendertag alljährlich auf denselben Wochentag fällt. Hier nun machen sich Bestrebungen geltend, die geeignet sind, den schon jetzt durch rein wirtschaftliche Verhältnisse schwer gefährdeten Sabbat in seinen Grundfesten zu erschüttern und die darum den Widerspruch der gesamten Judenheit hervorgerufen haben.

Der Völkerbund hat nämlich von den in den meisten Ländern schon bestehenden Gesellschaften für Kalenderreform Vorschläge eingefordert, die von seiner Sonderkommission für Kalenderreform gesichtet und gutachtlich beurteilt worden sind. Diese Kommission hat die bisher eingelaufenen 185 Vorschläge in drei Hauptgruppen eingeteilt. Die erste Gruppe sieht als Neuheit nur größere Gleichmäßigkeit der Quartale vor. Die drei ersten sollen zwei Monate zu 30 und einen zu 31 Tagen haben, also 91 Tage zählen; das vierte Quartal soll einen Tag mehr haben. Da aber die meisten Nachteile des jetzigen Kalenders dabei bestehen blieben, zieht die Völkerbundskommission für Kalenderreform die Vorschläge der ersten Gruppe gar nicht in Betracht.

Eine zweite Gruppe will acht Monate zu 30 und vier Monate zu 31 Tagen machen, und zu den sich so ergebenden 364 Tagen einen Tag (im Schaltjahr zwei Tage) ohne Wochentagscharakter einschalten. Das hätte den Vorteil, daß die Quartale aus einer ganzen Zahl, nämlich genau 13 Wochen, beständen. Das ganze Jahr hätte 52 Wochen oder 364 Tage, dazu kämen ein, im Schaltjahr zwei „weiße" Tage, die als Wochentage nicht mitzählten, so daß, wenn die Kalenderreform z. B. Sonntag, den 1. Januar 1933 begänne, auch alle folgenden Jahre mit Sonntag anfingen und, abgesehen von den weißen Tagen, mit Sonnabend endigten; ferner jedes Jahr und jedes Quartal gleichviele Wochentage hätte und jedes Jahres- bzw. Monatsdatum ewig auf den gleichen Wochentag fiele. Die große Erleichterung aller Berechnungen und Vereinfachung aller wirtschaftlichen Vorausbestimmungen liegt auf der Hand. Die Schwierigkeit liegt, wie wir bald sehen werden, wo anders.

Die dritte Gruppe, die wohl die umwälzendsten Vorschläge macht und darum anscheinend dem Völkerbund nicht sehr sympathisch ist, hat gleichwohl am meisten Aussicht, ihren Vorschlag durchzusetzen, weil ihre Anhängerschaft in den Vereinigten Staaten sitzt, am entschlossensten und wirtschaftlich am stärksten ist, so daß man drüben Miene macht, den neuen Kalender einfach einzuführen und damit die Frage praktisch zu entscheiden. Nach diesem Kalender soll das Jahr 13 Monate zu 28 Tagen, also 364 Tage plus 1 oder 2 weißen Tagen besitzen. Die Rechnung nach Quartalen oder Semestern müßte dann zwar wohl aufhören, weil 13 weder durch 2 noch durch 4 (noch durch eine andere Zahl) teilbar ist. Es wären aber alle Monate von gleicher Länge, alle Monate hätten gleich viele volle Wochen-, Arbeits- und Feiertage. Dennoch sind die Vorschläge der zweiten und dritten Gruppe für uns Juden so, wie sie gemacht werden, absolut unannehmbar, weil sie den Sabbat zu zerstören drohen. Während nämlich nach den letzten Vorschlägen die Zählung der Wochentage am letzten Tage des Jahres, dem weißen Tag, ruhen soll, so daß z. B. nach dem letzten Vorschlag auf Sonnabend, den 28. Tag des 13. Monats 1933 (den 364. Tag

des Jahres) ein weißer Tag ohne Datum und Wochentagscharakter und dann erst der Sonntag, der 1. Januar 1934 folgt, müssen wir Juden auf Grund des Sabbatgebotes an der absolut unveränderlichen Siebentagewoche festhalten, und zwar tun das alle Juden in der Welt ohne Unterschied der religiösen Schattierung. Ja auch eine jüdische oberste Kirchenbehörde könnte niemals den Sabbat verlegen. Wir müssen also den weißen Tag mitzählen und zwar als Sonntag. Sonntag, der 1. Januar 1934, wäre für uns Montag; Freitag, der 7. Januar wäre Schabbos, Sonnabend, der 7. Januar wäre für uns Sonntag, ebenso Sonnabend, der 28. Tag des 13. Monats. Der weiße Tag 1934 wäre dann für uns Montag, Sonntag, der 1. Januar 1935 Dienstag; Donnerstag, der 5. Januar Schabbos. Der verehrte Leser entschuldige, wenn ich ihn etwas in Verwirrung bringe. Ich will gerade zeigen, wie groß der neue Kalendervorschlag die Verwirrung bei uns machen müßte. Jedes Jahr fiele nämlich Schabbos auf einen anderen Wochentag: 1934 auf Freitag, 1935 auf Donnerstag, 1936 auf Mittwoch, 1937 auf Montag (wegen des Schaltjahres zwei Tage Differenz!), 1938 auf Sonntag und erst 1939 wieder auf Sonnabend. Die Schädigung der Sabbatfeier und darüber hinaus des Sabbatgedankens in unseren Reihen wäre unabsehbar.

Darum haben die großen landsmannschaftlichen Vereinigungen der Juden, vor allem der amerikanischen, englischen, französischen Länder, gegen alle bisherigen Reformvorschläge Stellung genommen, ebenso hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Europäischen Distriktslogen Mitte August mit aller Entschiedenheit gegen sie ausgesprochen. Auch eine Sondervereinigung gegen die Kalenderreform besteht, geführt von dem britischen Reichsrabbiner Hertz, London, dem Großrabbiner Israel Levy, Paris, den Rabbinern Fürst, Wien, und Levenstein, Zürich, und dem bekannten Politiker und Schriftsteller Lucien Wolf, London. Sie ist vor allem bei der Völkerbundskommission in Genf in diesem Sinne tätig und bemüht sich außerdem, die Oeffentlichkeit der ganzen Welt aufzuklären. Dennoch sind die Aussichten sehr gering. Denn das nordamerikanische Nationalkomitee für die Kalenderreform hat dem Staatsdepartement zu Washington einen Bericht zugunsten des 13-Monate-Jahres erstattet, seit Mitte August ist derselbe Kalender in großen nordamerikanischen Betrieben bereits eingeführt, und eine Reihe von amerikanischen Großbanken will nächstes Jahr folgen.

Während er Drucklegung dieses Aufsatzes erhalten wir sogar die Nachricht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dem Völkerbundssekretariat den Bericht des amerikanischen Nationalkomitees für die Kalenderreform eingesandt, d. h. so gut wie empfohlen hat. Was aber eine Empfehlung der Vereinigten Staaten für den Völkerbund bedeutet, ist uns allen klar.

Eine weitere Entwicklung nach dieser Richtung könnte nur durch einen neuen Vorschlag verhindert werden, der unter Schonung des Sabbats doch alle Vorteile des erwähnten Dreizehn-Monate-Jahres böte. Dafür besteht wenig Hoffnung, obschon es an Vorschlägen nicht fehlt. Unseres Wissens ist nur ein einziger solcher Vorschlag überhaupt diskutabel, das ist derjenige des Hamburger Gemeindesyndikus Dr. N. M. Nathan in der diesjährigen Januar-Nummer des Gemeindeblattes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg.

Er schlägt Jahre von 13 × 28 = 364 Tagen vor. Die weißen Tage sollen aufgespart und, sobald sie eine Woche ergeben, also nach sechs oder (wenn zwei Schaltjahre der bisherigen Art in diese Spanne fallen müßten) nach 5 Jahren zu einer Schaltwoche, einer weißen Woche vereinigt werden. Es ist leider nicht sehr wahrscheinlich, daß man die Unregelmäßigkeit, die dadurch jedes sechste oder fünfte Jahr erleiden müßte, in Kauf nehmen wird, um den jüdischen Sabbat zu schonen. Dennoch müßten alle Bemühungen darauf gerichtet sein, den Nathanschen Vorschlag erst einmal diskutieren zu lassen. Es könnte sein, daß auch christliche Kreise sich ihm anschlössen, die den kontinuierlichen Sonntag nicht opfern wollen. Auch hat der Papst noch nicht gesprochen. Darum ist die Hoffnung auf eine Regelung, die den jüdischen Notwendigkeiten ebenso entspricht wie allen anderen, noch nicht ganz geschwunden. Wir wünschen, daß das kommende Jahr uns einer solchen Lösung der Kalenderreform näherbringt.

Der Antisemitismus in Rußland.

Sowjet-Studenten fordern Numerus clausus.

Eine in Kiew abgehaltene Versammlung kommunistischer Studenten stellte die Forderung auf, daß für jüdische Hörer an den Sowjet-Hochschulen ein Numerus clausus eingeführt werde. Diese Forderung stützt sich auf einen in einer Sitzung der kommunistischen „Zelle" der Kiewer Universität diesbezüglich gefaßten Beschluß. Die Moskauer kommunistische Presse ist sehr erregt darüber, daß man solche Forderungen im Sowjetreich zu erheben wagt. „Trud" schreibt, daß im Kiewer Rayon der Antisemitismus unter der Studentenjugend, auch der kommunistischen, sehr verbreitet ist.

*

Neue antisemitische Terrorakte.

Fünfundzwanzig Arbeiter des Schiffbauhafens in Murom überfielen am hellichten Tage unter den Rufen „Schlagt die Juden und rettet Rußland!" vier jüdische Ingenieure und verprügelten sie so schwer, daß sie aus mehreren Wunden bluteten. Vorbeigehende Arbeiter halfen den Huligans, unter denen sich einige Kommunisten befanden. Die mißhandelten Ingenieure erklärten der Fabrikleitung, daß es ihnen unter dem antisemitischen Terror, der in der Fabrik herrscht, unmöglich ist, die Arbeit weiterzuführen, und daß sie sich gezwungen sehen, auf ihre Posten zu verzichten.

Die Zeitungen melden, daß in der Fabrik „Jutilisazia" in Minsk nichtjüdische Arbeiterinnen ihre jüdische Arbeitsgenossin Dischler in den Abort geschleppt und ihr dort Exkremente in den Mund gestopft haben. Männliche Arbeiter der Fabrik, unter ihnen Kommunisten, sahen lachend der Tortur zu. Die Moskauer Presse fordert strengste Bestrafung der Schuldigen.

*

Jom Kippur in Rußland.

Die Moskauer Synagogen waren wie in den Rosch-Haschanah-Tagen so auch am Versöhnungstage voll besetzt mit Andächtigen; andererseits waren die in der Staatsindustrie beschäftigten jüdischen Arbeiter, sowie alle jüdischen Angestellten der Sowjetinstitutionen ihrer gewöhnlichen Beschäftigung nachgegangen, da es niemand von ihnen wagte, wegen den höchsten jüdischen Feiertagen der Arbeit fernzubleiben.

Am Kol Nidrei-Abend haben jüdische Kolonisten in 25 Sälen Moskaus Konzerte veranstaltet, um die jüdische Bevölkerung von dem Besuch der Synagogen wegzulocken.

In den kleineren Städten des Sowjetreiches und in den jüdischen Kolonien wurde das Versöhnungsfest ganz wie in den alten Tagen begangen. Eine Ausnahme machte Kalinindorf, wo das kommunistische Rayonkomitee am Jom Kippur die Eröffnung der neuerbauten Traktorenstation durch einen feierlichen Akt beging.

*

Tausend jüdische Familien aus Moskau mußten ihre Wohnungen verlassen.

Moskau. (JTA.) Ungefähr tausend jüdische Familien wurden in den letzten sechs Wochen von den Behörden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen, weil sie als „Nepleute" (Nutznießer der neuen ökonomischen Politik), die sich im freien Handel betätigen, kein Recht auf kommunal bewirtschaftete Wohnungen haben. Bis zum 1. November müssen weitere 500 jüdische Familien in Moskau ihre Wohnungen verlassen. Von dieser Maßnahme wurden auch jüdische Heimarbeiter betroffen, die sich geweigert haben, Kollektivgruppen beizutreten.

*

Antisemitischer Sadismus in einem russischen Dorfe.

Moskau. (JTA.) Eine Gruppe Bäuerinnen im Dorfe Repki, Kreis Mohilew, überfiel in der Nacht zwei in einem einsam gelegenen Häuschen wohnende jüdische Witwen, die die einzigen jüdischen Einwohner des Dorfes sind und durch Ausbessern alter Kleider ihr Dasein fristen, und unterzogen sie unglaublichen Peinigungen. Die jüdischen Frauen wurden nackt ausgezogen, mit Eisenstäben geschlagen und mit Füßen getreten. Die gesamte Inneneinrichtung des Hauses wurde zertrümmert. Einer der jüdischen Frauen wurden drei Finger einer Hand abgebissen, der zweiten die Glieder ausgerenkt. Schließlich wurden die gepeinigten Opfer an den Ofen gebunden, woraufhin das Haus in Brand gesteckt wurde, damit die jüdischen Frauen verbrennen. Der Brand lockte die Dorfbehörden herbei, die die schon bewußtlos gewordenen Frauen retteten und die schuldigen Bäuerinnen verhafteten.

Auswandererfürsorge des Hilfsvereins der Deutschen Juden.

Ein Werk von großer sozialer Bedeutung.

Die Auswandererfürsorge des Hilfsvereins der Deutschen Juden wird durch das Büro seiner Zentrale in Berlin, den Bahnhofsdienst am Schlesischen Bahnhof in Berlin, die Komitees in Hamburg und Bremen, die Bahnhofsdienste in Stentsch und Osnabrück und Vertrauensleute im Reiche wahrgenommen.

Im Jahre 1929 hat sich die Zahl der Auswanderer und Durchwanderer, denen seine Fürsorge galt, stark erhöht, insbesondere, was den Durchgangsverkehr auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin anbetrifft.

Unter der Fürsorge des Hilfsvereins passierten:

Berlin: Bahnhofsdienst des Hilfsvereins, Schlesischer Bahnhof, Aus- und Rückwanderer, 1. Januar bis 30. September 1929 . 31 642 Personen.

Ihren Weg nahmen über:

Stentsch: 1. Januar bis 30. Sept. 1929 . . 6 867 Personen,
Osnabrück . . . . 1 253 Personen,
Hamburg: 1. Januar bis 30. Sept. 1929 . 3 400 Personen,
Bremen: 1. Januar bis 31. August 1929 . 750 Personen.

Im Büro der Berliner Zentrale fanden eingehende Beratung und Hilfe: 1. Januar bis 30. September 1929 . . . . 732 Personen.

Der Schlesische Bahnhof wird von Auswanderern aus osteuropäischen Staaten passiert, die nach deutschen, belgischen, französischen und holländischen Häfen zwecks Auswanderung nach Uebersee gehen bzw. zurückwandern, oder aber kontinentale Reiseziele erreichen wollen.

Es handelt sich dabei um einzelne Reisende, sowie um Auswanderertransporte, die von Schiffsgesellschaften oder jüdischen Emigrationsvereinen organisiert werden.

In dem großen Saale, den die Eisenbahnbehörden dem Hilfsverein zur Verfügung gestellt haben, wird den Passanten vorübergehend Unterkunft gewährt; sie erhalten auch dort Erfrischungen.

Der Dienst auf dem Schlesischen Bahnhof wird durch drei vom frühen Morgen bis spat nachts tätige Beamte versehen. Den Auswanderern wird Beratung zuteil. Sie werden, wenn es sich als notwendig erweist, an zuständige Stellen, Behörden und Konsulate in Berlin verwiesen. Es erfolgt ihre Ueberführung nach anderen Berliner Bahnhöfen. Mit Angehörigen in Deutschland wie im Auslande werden Verbindungen herzustellen gesucht. Gepäckangelegenheiten werden erledigt, insbesondere auch, wo es sich um Gepäckrecherchen, liegengebliebenes oder verlorengegangenes Gepäck handelt. Ueberdies wird für die Isolierung und Behandlung Kranker gesorgt.

Das Berliner Büro, sowie die Zweigstellen des Hilfsvereins in Hamburg und Bremen lassen den Emigranten weitgehende individuelle Fürsorge zuteil werden, und zwar durch Beratung, Besorgung von Pässen, Visen und Affidavits, durch Interventionen bei Behörden, Konsulaten, Schiffsgesellschaften, wie bei den Angehörigen der Emigranten innerhalb und außerhalb Deutschlands. Der Hilfsverein übernimmt in besonders schwierigen Fällen die Kosten für längeren Aufenthalt in Deutschland, für ärztliche Behandlung, Erholungskuren usw.

Durch seine Fürsorgetätigkeit trägt der Hilfsverein zur Entlastung jüdischer Gemeinden und Organisationen in Deutschland erheblich bei.

Ein jüdisches Konsistorium in Bremen.

Während der Franzosenherrschaft gehörte die Sorge um eine ordentliche Regelung der kirchlichen Angelegenheiten zu den Obliegenheiten der französischen Behörden. Analog den Verhältnissen im übrigen Frankreich begann man mit der Bildung jüdischer Konsistorien, von denen dasjenige Westfalens durch die eifrige Tätigkeit des Geheimen Finanzrates und westfälischen Konsistorialpräsidenten Israel Jacobsohn am bekanntesten geworden ist. Im Bezirk der Wesermündung wurde im Jahre 1812 mit der Aufstellung einer Vorschlagsliste begonnen, die die Namen folgender 25 jüdischen Persönlichkeiten aufweist:

1. Gumpel Schwabe, Bremen.
2. Levy Abraham, Bremen.
3. Moses Aronssohn, Bremen.
4. Meyer Simon, Lilienthal.
5. Hertz Meyer, Ottersberg.
6. Moses Meyer, Achim.
7. Samuel Isaac, Verden.
8. Moses Aron, Rothenbourg.
9. Isaac Hahn, Thedinghausen.
10. Levy Leib, Ovelgönne.
11. Isaac Jacques Schwabe, Delmenhorst.
12. Levy Jacques Schwabe, Varel.
13. Abraham Schwabe, Varel.
14. Joseph Goldschmidt, Oldenburg.
15. Meyer Goldschmidt, Oldenburg.
16. Elias Herz Schwabe, Oldenburg.
17. Marcus Herz Schwabe, Bremerlehe.
18. Abraham Gottschalck, Hagen.
19. Joseph Koppel, Leessum, Canton Vegesack.
20. Salomon Latzarus, Bederkesa, Canton Beverstedt.
21. Joseph Abraham, Nienbourg.
22. Herz, Nienbourg.
23. Marcus Valentin, Hoya.
24. Marcus Elias Herzel, Rethem.
25. Schragenhain, Rethem.

Diese Kandidaten werden bezeichnet als „choisis parmi les Juifs imposés et les plus recommendables du Département des Bouches du Weser pour être nommés aux fonctions des notables du consistoire qui sera attaché à la synagogue de la commune de Bremen“.

Aus dieser Liste wurden die neun Erstgenannten, ferner: Isaac Cohen, Rothenbourg, und Levy Cohen, Syke, als Notabeln zur Bildung eines jüdischen Konsistoriums für das Arrondissement auf engere Wahl gestellt.

Durch die Befreiung von der Franzosenherrschaft ist der Vorschlag hinfällig geworden. Besonders in Bremen wurde die Israelitische Gemeinde durch die wieder einsetzende Reaktion völlig desorganisiert und die Absicht der französischen Behörden ins Gegenteil verkehrt. Bendix Gumpel Schwabe, der an erster Stelle der Notabeln erscheint, dessen Name allein wegen seiner Bemühungen um das Wohlergehen seiner Glaubensgenossen zur Zeit des Wiener Kongresses unvergessen bleibt, wurde noch im Jahre 1821 vom damaligen Senatspräsidenten Smidt anbefohlen „sich der Bezeichnung des Vorstehers einer jüdischen Gemeinde gänzlich zu enthalten“. Wie sagte doch Graetz? „Deutscher Zunftgeist, verbunden mit verknöchertem Luthertum, gönnte den Juden das Atmen nicht.“ Ist es seitdem viel besser geworden?

Schafft jüdische Jugendheime!

Nach den schweren Versäumnissünden, welche die Trägheit unserer Herzen verschuldet hat, dringt der aufrüttelnde Ruf der Jugend von allen Seiten zu uns; hören wir auf ihn, ehe es zu spät ist, nähren wir das Feuer, ehe es verlöscht!

Die Kleinstädte sind verlassen, die Großstädte überfüllt. Hilflos treiben sich vielfach die jungen Leute in den neuen Verhältnissen herum, gelangen in Kreise, die ihrem Bildungsgrade nicht entsprechen, gehen Verbindungen ein, die sie vom Judentum lösen. Laßt uns eine alte Forderung erfüllen, die immer dringlicher geworden ist. Um unser Haus gut zu bestellen, laßt uns ein Haus bauen: . . . ein wirkliches Jugendhaus. Da sollen sich die jungen Leute finden und kennen lernen, sollen sich belehren lassen, Geselligkeit treiben, ihre Feste feiern. . . . Wenn wir es verstehen, Menschen der Welt zu sein, laßt uns darüber nicht vergessen, Menschen im Heim zu sein, Menschen im jüdischen Heim.

Das Jugendheim wird ein wichtiges Mittel für den Neuaufbau unserer Gemeinden werden. Auch die jüdische Jugend wird, zunächst räumlich, wieder in Beziehung zur Gemeinde gesetzt, der tiefen Bedeutung der jüdischen Gemeinde für ihr Leben allmählich innezuwerden. Es wird dann mit Erfolg möglich sein, jüdische Jugend organisch in die Gemeinden hineinwachsen zu lassen. Die Errichtung des Jugendheims ist für die verantwortlichen Führer unserer Gemeinden eine dringlich gewordene Aufgabe. Künftige Geschlechter werden es ihnen zu danken wissen, wenn sie Mut und Weitblick in dieser an Auflösungserscheinungen so überaus reichen Zeit aufbringen, einen neuen, aber aussichts-

reichen Weg für die Neubelebung der jüdischen Gemeinde zu gehen. — —*)

Eigene jüdische Jugendheime haben bislang die Gemeinden Hamburg, Köln, Breslau, Königsberg, Mainz, Emden und Fischbach errichtet. Düsseldorf, Essen und andere Gemeinden sind auf dem besten Wege dazu. Wie lange will Bremen noch zurückstehen?

M. M.

Jüdische Nachrichten.

Simon Schocken tödlich verunglückt.

Berlin. (JTA.) Große Teilnahme wendet sich überall in Deutschland der Familie Schocken zu, deren ältestes Mitglied, Herr Simon Schocken, Mitbegründer und Seniorchef der Firma J. Schocken Söhne und der Kommanditgesellschaft Schocken in Zwickau, vor einigen Tagen auf einer Autofahrt in Schlesien verunglückt und in einer Berliner Privatklinik seinen Verletzungen erlegen ist. Er hat ein Alter von 55 Jahren erreicht. Herr Salmann Schocken, Mitbegründer und Mitinhaber des Schockenkonzerns, Mitglied des Wirtschaftsrates der Zionistischen Weltorganisation, der mit seinem verunglückten Bruder in dem gleichen Auto saß, kam mit nur leichten Verletzungen davon. Der verstorbene Herr Simon Schocken hat es mit seinen Brüdern verstanden, das verhältnismäßig kleine Stammhaus Ury Schocken in Zwickau zu einem bedeutenden Warenhauskonzern mit großen Filialen in sächsischen, bayrischen, württembergischen und preußischen Groß- und Mittelstädten auszubauen und den großen Ruf des Hauses Schocken zu begründen. Er betätigte sich auch intensiv am religiösen und sozialen Leben des deutschen Judentums und war seit Gründung der Jüdischen Gemeinde Zwickau vor 18 Jahren erster Vorsteher dieser Gemeinde. Er war Mitglied des Pro-Palästina-Komitees und des deutschen Initiativkomitees für die Jewish Agency und wandte größere Summen dem Palästina-Aufbauwerk und dem jüdischen Wohlfahrtswesen zu. Er unterstützte das Siedlungswerk des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und das Chaluzwerk, indem er einen großen Teil seines Privatgutes der Ausbildung jüdischer Siedler zur Verfügung stellte.

Synagogenschändung in Elberfeld im Zusammenhang mit der Propaganda für das Volksbegehren.

Berlin. (JTA.) Der „Welt am Montag" wird aus Elberfeld telegraphiert: Einen gemeinen Bubenstreich führten rechtsradikale Kreise in der Nacht zum Sonnabend, 26. Oktober, auf die Elberfelder Synagoge aus. Unbekannte Täter beklebten die Türen des Gotteshauses mit Plakaten für das Volksbegehren, besudelten die Treppe mit Kot und beschmutzten in richtiger Erkenntnis des Wertes ihrer Flugschriften die an die Türen angeklebten Flugblätter ebenfalls mit Kot. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

Franz Werfels Austritt aus dem Judentum.

Wien. (JTA.) Seitens der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde wird dem JTA.-Vertreter mitgeteilt, daß der Dichter Franz Werfel offiziell seinen Austritt aus dem Judentum angemeldet hat. Dieser Schritt Franz Werfels hat in der Wiener jüdischen Oeffentlichkeit umsomehr Aufsehen erregt, als der Dichter vor nicht langer Zeit im Zusammenhang mit der von jüdischer Seite geübten abfälligen Kritik an seinem Drama „Paulus unter den Juden" in Zuschriften an jüdische Zeitungen sein jüdisches Nationalbewußtsein besonders betonte und sich scharf gegen die Verdächtigung wandte, als ob es ihm nicht ernst um sein Judesein wäre. Bisher war eine Feststellung nicht möglich, ob Werfel Dissident geworden ist oder ob er durch Taufe ein christliches Bekenntnis angenommen hat.

Mahnung an die jüdische Kaufmannschaft, sich gegen den wirtschaftlichen Boykott zu wehren.

Berlin. (JTA.) In Osnabrück hatte kurz vor Weihnachten 1928 der Nationalsozialistenführer Dr. Marxer ein Flugblatt herausgegeben, das scharfen Boykott gegen jüdische Kaufleute propagierte und sogar in einer Skizze sämtliche in den Hauptstraßen von Osnabrück ansässigen Juden mit Namen bezeichnete. Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nahm sich der Angelegenheit an, die beleidigten Juden stellten Strafantrag gegen Verfasser, Herausgeber und Verbreiter der Flugblätter. In der ersten Instanz wurde Dr. Marxer nur zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er einen der Juden herabwürdigend „Kavalier" genannt hatte, im übrigen wurden alle Angeklagten freigesprochen. Gegen dieses Urteil legten Staatsanwaltschaft und Nebenkläger Berufung ein. In der Berufungsverhandlung, die am 18. Oktober vor der Großen Strafkammer in Osnabrück stattfand, erklärte Dr. Marxer, die Nationalsozialisten rufen alle Christen zum Wirtschaftskampf gegen die Juden auf; die Art der jüdischen Weihnachtsreklame stelle eine Verhöhnung des Christentums dar. Der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsawalt Rahardt, führte aus, die Flugblätter richteten sich nicht gegen Großbetriebe im allgemeinen, sondern gegen alle Juden. Rechtsanwalt Dr. Krombach (Essen), Mitglied des Hauptvorstandes des CV., erklärte, die Nebenkläger fühlten sich nicht als Juden, sondern als deutsche Staatsbürger beleidigt. Rechtsanwalt Scheydt, der Verteidiger Marxers, verstieg sich zu der Behauptung, daß man den Vertrag von Versailles einst „Vertrag von Jerusalem" nennen würde. Nach fünfstündiger Verhandlung fällte das Gericht das Urteil: Dr. Marxer wird zu 200 Mark, Hillebrandt zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen zwei nicht erschienene Angeklagte wurde das Hauptverfahren abgetrennt.

Palästina-Nummer der Zeitschrift des Deutschen Kalisyndikats

Berlin. (JTA.) Die von der Wissenschaftlichen Abteilung des Deutschen Kali-Syndikates, Berlin, herausgegebene Halbmonatsschrift „Die Ernährung der Pflanze" ist in ihrer Nummer vom 15. Oktober ausschließlich Palästina gewidmet. Das Heft enthält neben mehr als 40 Abbildungen, Kartenskizzen und graphischen Darstellungen Artikel über „Die Böden Palästinas" von Dr. Adolf Reifenberg (vom chemischen Institut der Hebräischen Universität in Jerusalem) über „Künstliche Düngung in Palästina" von Dr. Paul Krische, über „Palästinas Orangen-Kultur" von Diplom-Landwirt E. Stägmeyr und schließlich statistisches Material über den Verbrauch künstlicher Düngemittel in Palästina.

Geht Luke?

Jerusalem. (JTA.) Es verlautet, daß der Chefsekretär der Palästina-Regierung Herr Luke wenige Wochen nach Eintreffen der Untersuchungskommission in Palästina einen längeren Urlaub antreten wird.

Tagung der Exekutive des Weltverbandes jüdischer Handwerker in Berlin.

Berlin. (JTA.) Im Beisein des Vizepräsidenten, des Sejmabgeordneten Ch. Rasner (Warschau), und der Berliner Präsidiumsmitglieder fand eine Sitzung der Exekutive statt, in der der Arbeitsplan für die nächste Zeit besprochen wurde. Hierzu wurde beschlossen: 1. Den Verbandsrat im Dezember oder Januar in Berlin einzuberufen. 2. Einen Werbeaufruf in zwei Sprachen zu versenden. 3. Zur Erlangung statistischen Materials über die jüdische Handwerkerbewegung und zur Kenntnis der Verhältnisse in den einzelnen Ländern Fragebogen zu versenden. 4. Eine Pressekonferenz in Berlin einzuberufen. 5. Prominente Persönlichkeiten für den Verbandsrat zu gewinnen. 6. Probeausgabe einer Zeitung, die in zwei Sprachen erscheinen soll, herauszubringen.

Ein jüdischer Erfolg bei den Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei.

Prag. (JTA.) Am Sonntag, 27. Oktober, wurden in der Tschechoslowakei die Parlamentswahlen durchgeführt. 60 000 jüdische Wähler in der gesamten Tschechoslowakei schritten zur Urne. Die auf die vereinigte jüdisch-polnische Liste abgegebenen Stimmen sichern den Juden nach den bisherigen Feststellungen mindestens ein Mandat. Als gewählt erscheint der Präsident des Jüdischen Nationalrates der Tschechoslowakei Dr. Singer.

Außerungen der Berliner Presse zum Halsmann-Prozeß.

Berlin. (JTA.) Auch die große Presse in Deutschland nimmt in längeren Artikeln zum Urteil im zweiten Prozeß Halsmann Stellung. Der Wiener Korrespondent des „Berliner Tageblatt", Heinrich Eduard Jacob, schreibt: „Wenn man diesen Geschworenen zurufen würde, daß sie aus Erziehung und politischer Richtung ein Fehlurteil abgegeben haben, so würden sie diesen Vorwurf ablehnen, weil sie selber wahrscheinlich gar nicht wissen, wie sehr ihre Erziehung und ihre politische Richtung das Erkenntnisvermögen bei ihnen verdunkelt hat. Auch wer nicht daran glaubt, daß in Innsbrucker Rechtskreisen eine Verschwörung stattgefunden habe, um auf die Volksrichter einen Druck in Richtung einer Verurteilung auszuüben, der wird nicht leugnen können, daß ein inoffizieller Druck durch Wochen hin bestanden hat. Welche Atmosphäre herrschte wieder in Innsbruck! Wieviel Drohbriefe hatte die Post wieder umherzutragen! ... Nie und nimmer ist in diesem Prozeß dem Angeklagten, uns, der Welt seine Schuld bewiesen worden. Trotz der ungeheuer wichtigen Tatsache, daß der Vater beraubt worden ist, trotz allem hat das Gericht die Raubmordthese fallen lassen und den Sohn (bei dem man des Vaters Geld nicht fand) — wegen Totschlages verurteilt... Ein schwerer, ein höchst folgenschwerer Kunstfehler der Prozeßleitung wird es ermöglichen, daß die Sache Halsmann —

---

*) Vorstehende Sätze sind Zitate aus einer von der Zentral-Wohlfahrtsstelle der deutschen Juden herausgegebenen Schrift „Schafft Jüdische Jugend- und Gemeinde-Heime". Das erste Zitat ist der Schluß des Aufsatzes von Paula Ollendorff-Breslau, der zweiten Vorsitzenden des Jüdischen Frauenbundes; das zweite Zitat ist dem Aufsatz von Sanitätsrat Dr. Alfred Goldschmidt, Sekretär der Großloge für Deutschland UOBB., entnommen; das dritte Zitat stammt von Fritz Schwarzschild-Düsseldorf, dem Geschäftsführer des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.

auf die heute ganz Europa blickt — noch ein drittes Mal aufgetragen werden wird. Aber nicht in Tirol!

Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" Dr. Richard Huldschiner schreibt: „Philipp Halsmann, der beste, liebevolle Sohn, ist wegen Totschlags am Vater zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt. Nicht nur sein Leben ist ausgelöscht, sondern auch das der Mutter und Schwester. Die Atmosphäre dieses Landes, alle die unkontrollierbaren unterirdischen Einflüsse, die auf die Geschworenen gewirkt haben mögen, sie haben den tapfer Kämpfenden, der schon auf den Sieg hoffen durfte, noch zu Fall gebracht... Sechs Wochen lang waren die Geschworenen unkontrollierbaren Einwirkungen ausgesetzt. Bäuerliche und kleinbürgerliche Leute. Was mag alles auf sie eingestürmt sein! Wir wissen von einem Kanzelredner, der in dieser Zeit in einer Innsbrucker Kirche vom Feinde des Gewissens gepredigt hat mit deutlicher Anspielung auf den Vatermörder. Die tausend Gläubigen, die die Predigt hörten, verbreiteten das Gift weithin ins Land, trugen es vielleicht auch in die Seele dieses oder jenes unter den Geschworenen. Sieben von zwölf stimmten mit schuldig, nur eine Stimme fehlte zum Freispruch... Die Sache muß heraus aus dieser Atmosphäre..."

Aus der Gemeinde Bremen

Die nächste Ausgabe des Jüdischen Gemeindeblattes erscheint am 15. November. Redaktionsschluß 10. November.

Beiträge für den lokalen Teil sind „an die Schriftleitung des Jüdischen Gemeindeblatts, Bremen, Gartenstraße 7", zu senden.

Morgengebet	Minchah	Abendgebet	Gebetzeiten der Israelitischen Gemeinde Bremen. November 1929		Tischri/Marcheschwan 5690	
7		16^{45}	1	Fr.	28	

Die Spenden-Aktion am Versöhnungstage hatte folgendes Ergebnis: Synagoge, 17 Spender: 86,50 Mark, Union: 32 Spender: 796 Mark.

Jugendgottesdienst. Die Eltern der schulpflichtigen Kinder werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß sämtliche Schüler und Schülerinnen der Religionsschule am Sabbat, 9. November, pünktlich 16.30 Uhr am Jugend-Gottesdienst teilnehmen.

Beschwerden über Zuteilung von Plätzen an den Hohen Feiertagen lassen vermuten, daß viele Mitglieder bzw. deren Damen sich durch die unregelmäßige Numerierung in der Frauen-Galerie der Union irritieren lassen. Die Nummern laufen nicht von Nr. 1 aus, sondern beginnen in der ersten Vorderreihe rechts mit Nr. 44 und endigen mit Nr. 13. Dann folgt die gegenüberliegende linke Seite mit Nr. 64 bis Nr. 107 und darauf die erste Reihe Mitte von Nr. 45 bis 63. Dementsprechend korrespondieren die hinteren Reihen wie folgt: 2. Reihe rechts Nr. 173 bis Nr. 215, 2. Reihe links Nr. 149 bis Nr. 108, 2. Reihe Mitte Nr. 172 bis Nr. 150. Die am Eingang befindlichen Plätze der 1. und 2. Reihe rechts (Nr. 1 bis 12 und Nr. 214 bis 205) bleiben für Fremde reserviert, während die Reihen 3 bis 8 der Mitte für junge Mädchen und Schülerinnen freigelassen werden.

Trotz genauester Aufstellung des Plans werden sich Fehler nicht vermeiden lassen, weil auswärts Heiratende es meistens unterlassen, ihre junge Frau im Gemeindebüro anzumelden.

Hinzukommt die Unsitte, daß rücksichtslos falsche Plätze eingenommen werden, wodurch das Büro leicht in den Verdacht gerät, junge Damen gegenüber älteren bevorzugt zu haben. Die Gemeindeverwaltung ist aber nicht in der Lage, die rechtmäßige Benutzung jedes Platzes nachprüfen zu lassen und muß sich auf den guten Willen und die Gesittung der Mitgliedschaft stützen können, auf deren Mithilfe bei Aufrechterhaltung der Ordnung nicht verzichtet werden kann.

Wohlfahrtsbriefmarken haben ab 1. November zum Freimachen sämtlicher Postsendungen Gültigkeit. Der Wohlfahrtsaufschlag ist gegen früher äußerst gering und beträgt z. B. bei der 5-Pfg.-Marke mit dem Bremer Wappen nur 2 Pfg. Alle im Wohlfahrtsdienst Tätigen werden ersucht, den Vertrieb der Wohlfahrtsbriefmarken so viel wie möglich fördern zu helfen. Auf die heutige Bekanntmachung des Jüdischen Wohlfahrtsamtes sei besonders aufmerksam gemacht.

Delegiertentagung der jüdischen Jugendvereine. Die diesjährige ordentliche Delegiertentagung des Nordwestdeutschen Bezirksverbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands findet am Sonntag, 10. November, in Hannover statt.

Gesucht werden: Adolph Boehms, 48 Jahre alt, früher russischer Staatsangehöriger, und Abram Noe Turko, ca. 45 Jahre alt, geboren in Konskie, Kreis Radom. Sachdienliche Meldungen wolle man an den Fürsorgeausschuß für jüdische Durchwanderer, Gartenstr. 7, richten.

Nachlieferung nicht erhaltener Nummer des „Jüdischen Gemeindebalttes verlange man stets vom Briefträger; das Gemeindebüro ist nicht für die Nachlieferung zuständig. Nur solche Gemeindemitglieder, die das Gemeindeblatt noch niemals erhalten haben, wollen ihre genaue Adresse dem Gemeindebüro aufgeben.

Wirtschaftliche Liste des „Stahlhelm". Herr Otto Teichmann, Dentist, Herdentorsteinweg 1—2, teilt mit, daß er ohne sein Wissen und seine Einwilligung in die Liste aufgenommen worden ist, obwohl er für eine derartige Sache nicht zu haben sei. — Die Firma Fr. Hellvoigt, Feinkost, Faulenstraße 42/44, hat dem „Stahlhelm" mitgeteilt, daß sie nicht wieder in der Liste erscheinen möchte.

Vortragszyklus im Winterhalbjahr. An vier Donnerstagen in Abständen von 14 Tagen, beginnend am Donnerstag, 14. November, 21 Uhr, im Lehrsaal des Jüdischen Gemeindehauses, Gartenstraße 7, plant Herr Rabbiner Dr. Aber die Abhaltung eines Vortragszyklus. Hierfür werden folgende Themen zur Auswahl gestellt: 1. Das Heimatrecht der deutschen Juden. 2. Das Erbe Moses Mendelssohns. 3. Juden und Araber im Wandel der Zeiten. 4. Die Grundzüge der Ethik des Judentums. Auch andere Themen können aus dem Kreise der Gemeindezugehörigen in Vorschlag gebracht werden; besonders werden die Vorstände der Vereine um Mitteilung ersucht, welche Themen ihnen besonders erwünscht wären.

Um den Vortragszyklus wunschgemäß zur Durchführung zu bringen, findet am Mittwoch, 6. November, pünktlich 20 Uhr, eine Vorbesprechung im Lehrsaal (Gartenstraße 7) statt, zu der alle Gemeindemitglieder, die für sich wie für ihre Angehörigen Interesse an dem Zustandekommen des Vortragszyklus haben, vor allem die Gruppen der schulentlassenen Jugend, hiermit eingeladen werden.

Zwölf Seiten stark würde unser Gemeindeblatt erscheinen können, wenn der Verlag als Gegenleistung sechs Seiten Inserate erhalten würde. Leider schließen sich immer noch einige prominente jüdische Firmen von der Erteilung von Insertions-Aufträgen aus und verhindern dadurch die Ausdehnung des Gemeindeblattes. Die Gemeinde hat von der Inseraten-Zuweisung keinen finanziellen Vorteil; nur würde die größere Inseratenzahl eine größere Seitenzahl des Jüdischen Gemeindeblattes ermöglichen.

Chassan bereschith. Der anläßlich des Simchas Thora-Festes mit der Würde eines Chassan bereschith bedachte Herr Bezalel Margulies bittet die Gemeindemitglieder, am Sabbat bere-

schith, 2. November, nach Schluß des Gottesdienstes am Kiddusch im Hause Ellhornstraße 21 (Auerbach) teilzunehmen.

Chanukahfeier. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß der Israelitische Frauenverein am Sonntag, 29. Dezember, ein Kinderfest veranstaltet. Die Regie dieser Veranstaltung liegt in Händen von Frau Helene Reifenberg, Faulenstraße 26/28, woselbst die Namen der zu Vorträgen und Aufführungen bereiten Kinder bis zum 10. November anzumelden sind. Um Ausgaben zu Lasten der Vereinskasse zu vermeiden, wird anläßlich des Kinderfestes eine Haussammlung durchgeführt werden; jede, auch die kleinste Gabe wird dankend entgegengenommen.

Israelitischer Frauenverein. Nach dem guten Gelingen der September-Veranstaltung nimmt der Frauenverein seine durch die Herbstfeiertage unterbrochene Tätigkeit wieder auf und erläßt Einladungen zu einem vielversprechenden Vortragsabend, als dessen Rednerin die jugendliche Geschäftsführerin des Jüdischen Frauenbundes, Fräulein Hanna Karminski (Berlin), gewonnen worden ist. Um allen Mitgliedern des Israelitischen Frauenvereins sowie den berufstätigen jungen Mädchen Gelegenheit zu geben, die hervorragende Rednerin zu hören, ist beschlossen worden, diesmal statt des Nachmittags die Abendstunden zu wählen. Der Vorstand des Israelitischen Frauenvereins würde es besonders begrüßen, wenn die weibliche jüdische Jugend sich recht zahlreich einfindet und in der beabsichtigten Diskussion Fragen aufwirft, deren Beantwortung die Rednerin vornehmen wird. Der Vortrag findet am 5. November in den Ratsstuben statt und beginnt pünktlich um 20½ Uhr.

Auswandererfürsorge. Seit dem 1. Januar 1929 hat sich die Zahl der Auswanderer, denen der Hilfsverein der deutschen Juden seine Fürsorge zuzuwenden hatte, stark erhöht. Allein Bremen passierten während der ersten acht Monate 750 hilfsbedürftige Personen, womit die Gesamtziffer von 1928 bereits erreicht ist. Daß es Ehrenpflicht jedes Juden ist, dem Hilfsverein der deutschen Juden als Mitglied anzugehören, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Anmeldungen nimmt das Bremer Komitee des Hilfsvereins, am Dom 6, II., entgegen.

Telegramm-Ablösung. Bedient euch der Ablösungs-Telegramme des Kranken-Wohltatigkeits-Vereins. Das Telegramm kostet 1 Mark und wird als Brief versandt. Formulare sind im Gemeindebüro erhältlich; wahrend der Bürostunden können Texte telephonisch aufgegeben werden.

Kleiderkammer. Der Winter steht vor der Tür. Dauernd melden sich Bedürftige, die Anzüge, Schuhzeug usw. erbitten. Alle Gemeindemitglieder, die zurückgesetzte, ausbesserungsfahige Kleidungsstücke, Wasche und Stiefel zur Verfügung stellen können, werden ersucht, uns solche für Notleidende zuzuwenden. Annahmestelle: Gartenstraße 6.

Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft. In der Smidt-Sitzung am 6. November, 19.30 Uhr, kleiner Saal der „Glocke", spricht Herr Gmnasialdirektor Dr. Schaal über „Fernhandel und Welthandel im Altertum"; am 1. November im Institut für Jugendkunde, 20 Uhr, Aula des Realgymnasiums: Professor Dr. W. Köhler-Berlin über „Gestaltspsychologie"; am 7. November, 20 Uhr, in der Realschule im Westen: Studienrat Dr, Schecker über „Einführung in den deutschen Roman der Gegenwart"; am 8. November, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerbehauses im Paneuropaischen Studienausschuß: Dr. Rudolph Schneider-Wachwitz, M. d. R., über „Paneuropa und die deutsche Wirtschaft".

Mitgliederversammlung der Jüdischen Jugendvereinigung. Unter Leitung von Robert Platzer fand am 9. Oktober die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung statt. Dem Vorstand, dessen einzelne Mitglieder Bericht erstatteten, wurde einstimmig Entlastung gewährt. Die finanzielle Lage der Jugendvereinigung erwies sich leider als sehr schlecht. Hervorzuheben sei besonders die gute Arbeit der Junggruppe im vergangenen Sommer, während die Arbeit der Jugendvereinigung in den letzten Monaten etwas gelitten hatte. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Walter Reifenberg, 2. Vors.: Frl. Cecilie Hirschfeld, Schriftführerin: Frl. Erna Guthmann, Kassenwart: Fritz Josephs, 1. Beisitzer: Robert Platzer, 2. Beisitzerin: Frl. Lotte Rosenbaum, Jugendgruppenleiterin: Frl. Grete Fink. Daran schloß sich eine Aussprache über die Arbeit des kommenden Winters an, die allgemein regstes Interesse fand. Die Jugendvereinigung wird in diesem Winter, teilweise nur für Mitglieder, teils auch für Gäste, verschiedene auswärtige Redner nach Bremen ziehen. Eine Arbeitsgemeinschaft wird in ausführlichen Heimabenden das Thema: „Wirtschaftskampf und Lebensgestaltung des jungen Juden" behandeln. Ferner werden in zwangloser Folge Leseabende, Spielabende und gesellige Veranstaltungen stattfinden. — Die Jüdische Jugendvereinigung hofft, daß sich an ihren Veranstaltungen die gesamte jüdische Jugend von Bremen und Umgegend beteiligen wird. Ein inzwischen stattgefundener Leseabend, der sich mit der Gestalt des Etzel aus Wassermanns „Der Fall Mauritius" befaßte, scheint dieser Hoffnung recht zu geben. Der Mittwoch gehört dem Jugendbund! Jeden Mittwoch abend 8.30 Uhr finden im Heim, Gartenstraße 7, Veranstaltungen statt.

Der Jung-jüdische Wanderbund (JJWB) Gau Rheinland veranstaltet am 10. November, morgens 9 Uhr, in Duisburg, Gemeindehaus, Junkernstraße 2, sein erstes Seminar. Dieses Seminar soll der Fortbildung jüngerer Chawerim und der Jungführer dienen. Die Arbeitsgemeinschaften des Seminars sind: Probleme der palästinensischen Arbeiterbewegung (Referent: Ben Ascher, Rechoboth), und Entwicklung des Marxismus (Referent noch unbekannt). Am 1. Dezember wird der nachste Gautag des JJWB. stattfinden. Interessenten erfahren naheres über die Veranstaltungen und Arbeit des JJWB. durch die Gauleitung Rheinland, z. Hd. David Tanne, Mülheim (Ruhr), Postfach 292.

Jüdisches Wohlfahrtsamt Bremen.

Sprechstunden jeden Montag und Donnerstag 9—12 Uhr im Wohlfahrtsbureau, Gartenstraße 6. Fernruf: Domsheide 28588. Postscheck-Konto: 55698 Hamburg. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank.

Zugunsten der Deutschen Nothilfe beginnt am 1. November 1929 der Vertrieb der Wohlfahrtsbriefmarken 1929, deren Ertrag nur zur Linderung materieller Notstände, und zwar in erster Linie zur Kräftigung der Jugend, bestimmt ist.

Zur Ausgabe gelangen:
5 Pfg.-Marken (Verkaufspreis 7 Pfg.) Wappen von Bremen
8 Pfg.-Marken (Verkaufspreis 12 Pfg.) Wappen von Lippe
15 Pfg.-Marken (Verkaufspreis 20 Pfg.) Wappen von Lübeck
25 Pfg.-Marken (Verkaufspreis 35 Pfg.) Wappen von M.-Strelitz
50 Pfg.-Marken (Verkaufspreis 90 Pfg.) Wappen von Sch.-Lippe.

Ferner gibt die Reichspost eine amtliche Bildpostkarte mit eingedruckter 8-Pfg.-Wohlfahrtsmarke zum Verkaufspreis von 12 Pfg. heraus, sowie Markenheftchen zum Preise von 1,50 Mark, enthaltend 6 Stück 5-Pfg.-Marken, 4 Stück 8-Pfg.-Marken und 3 Stück 15-Pfg.-Marken.

Die Wohlfahrtsbriefmarken sind vollwertige amtliche Postwertzeichen, gültig zur Frankierung aller Postsendungen nach dem In- und Ausland.

Der Vertrieb innerhalb des jüdischen Gemeindebezirks Bremen liegt, wie bisher, dem Jüdischen Wohlfahrtsamt ob.

Alle jüdischen Firmen werden gebeten, ihre gesamte Geschäftspost während einer Woche oder einiger Tage im November, Dezember und Januar mit Wohlfahrtsbriefmarken zu frankieren und beim Jüdischen Wohlfahrtsamt zu bestellen, dem 80 Prozent des Reinertrages zufließen.

Jüdisches Wohlfahrtsamt Bremen.

An die Bremer Juden!

Die schwere Not der gegenwärtigen Zeit hat die Zahl der Notleidenden bedeutend vermehrt.

Mehr als bisher mußte anläßlich der Herbstfeiertage zugunsten der Bedürftigen in unserer Gemeinde geschehen und der vor der Tür stehende Winter erfordert aufs neue Aufwendungen, die nur mit Hilfe unserer Gemeindemitglieder geleistet werden können.

Wir richten daher an jeden edeldenkenden Glaubensbruder die herzliche Bitte:

Öffne Herz und Hand
und karg nicht mit Deiner Spende.
Was Du gewähren kannst, gewähre gleich,
Denn Aufschub mindert jeder Gabe Wert!

Bremen, den 15. Oktober 1929.

Wohlfahrts-Kommission der Israelitischen Gemeinde. Kranken-Wohltätigkeits-Verein Israelitischer Frauenverein

Annahmestellen

für Spenden und Geschenke befinden sich:

1. Jüdisches Wohlfahrtsamt, Gartenstraße 6,
2. Darmstädter- und Nationalbank für Konto: Jüd. Wohlfahrtsamt
3. Postscheckkonto 55698 Hamburg für das Jüd. Wohlfahrtsamt
4. Jüdisches Altersheim, Gröpelinger Heerstraße 167 (Bankkonto: Bremer Bank)
5. Kleiderkammer, Gartenstraße 7, abzugeben beim Hauswart: Gartenstraße 6
6. Jüdisches Gemeindebüro, Gartenstraße 7, geöffnet 9–12 Uhr
7. Telephonische Bestellungen: Domsheide 28588.

BREMEN-NEWYORK



mit unseren Riesenschnelldampfern
»BREMEN« 46000 B.-R.-T.
»EUROPA« 46000 B.-R.-T.
»COLUMBUS« 32500 B.-R.-T.

Regelmäßige Abfahrten nach NORD-, MITTEL-, SÜd-
AMERIKA
Ostasien, Afrika, Australien
Direkter Dienst nach
CANADA

Nordseebäderverkehr
:: während der Saison ::
Eisenbahnfahrkarten
:: zu amtlichen Preisen ::
:: Flugscheine ::
Reisegepäckversicherung

Streng rituelle Küche
unter Aufsicht des Bremer Rabbinats auf den Fahrgast-Dampfern nach Nord-, Mittel- und Südamerika. Auf allen weiteren Linien auf Verlangen koschere
:: Konserven ::

Auskunft und Drucksachen durch uusere Vertretungen
Norddeutscher Lloyd Bremen

AUGUST TRAUPE • BREMEN

Werkstätten für Grabmalkunst, empfiehlt sich zur Anfertigung von Grabdenkmälern nach gegebenen und eigenen Entwürfen. Ausstellung und reichhaltiges Lager: Riensberg, Friedhofstraße 33 Osterholzer Heerstr. 35. **Fernsprecher Hansa 576**

Wo kaufe ich meine Konserven und Lebensmittel am günstigsten ein?

Konservenhaus Neustadt
Inh. Karl Li schitz
Brückenstr. 27, Teleph. Rol. 5902

Ia Konserven, Kolonialwaren und Spirituosen. Lieferung frei Haus.



J. A. C. STUTE



INHABER: W. MANG
Telephon Domsheide 28841
KOHLEN • KOKS • BRIKETTS
LAGER: Erlenstraße direkt beim Neustadt Güterbahnhof.

כשר Eduard Alexander, Bremen
Falkenstraße 13 Telephon Roland 6435
Schlachterei und Wurstfabrik
empfiehlt Spezial-Aufschnitt, sowie Wurstwaren und Geflügel.
Herstellen von Platten zu jeder Gelegenheit.

F. W. Buchmeyer

Bremen · Knochenhauerstr. 39/40 · Gegr. 1865 · Domsh. 20314/15
Elektr. Licht · Elektr. Kraft · Waschmaschinen
Radio · Heiz- u. Kochapparate · Telephonanlagen
Beleuchtungskörper

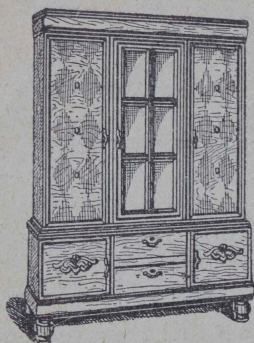
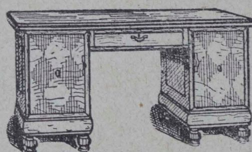


Carl Kanngießer Elektrotechnik
Birkenstraße 3
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen, Beleuchtungskörper, Staubsauger, Heiz- u. Kochapparate
Reparaturen
Telephon D. 23226
nach Geschäftsschluß H. 2757

Empfehle mich als geprüfte
Wochenbett- und Säuglingspflegerin.
Übernehme auch Krankenpflege. Prima Refer. z. Verfg.
Schwester Hanna Wolffs,
Aurich (Ostfr.), Wallstraße 14

Bettenhaus Gerhard Wührmann
Brillecke und Osterstraße

Auch Möbel von Bamberger!

Bücherschrank echt Eiche, 160 cm breit	295.00
Schreibtisch echt Eiche, ca. 75 145 cm	145.00
Speisezimmer komplett	395.00
Schlafzimmer moderne Form, echt Eiche, Schrank 160 cm	695.00



Spannstoff 130 breit, mod. Muster	Meter	1.95
Spannstoff 150 breit, la Qualität	Meter	2.95
Flammenrips in modernen Farben	Meter	4.75
Moquette nur gute Qualität	Meter	9.75
Landhausgardine 52 cm breit	Meter	0.50

Wollplüsch-Teppich ca. 200/300		59.00
Haarg.-Boucl.-Teppich 200/300, moderne Muster		68.00
Velour-Teppich 200/300, aparte Muster		84.00
Kokosläufer moderne Streifen	Meter	1.55
Bouclé-Läufer Haargarn, 67 breit	Meter	4.50
Bettvorleger modern gestreift		2.25
Balatum der neue Bodenbelag	qm	2.10
Bilder 120 cm, für Schlafzimmer		19.50



Anfertigung v. Dekorationen nach eigenen u. gegebenen Entwürfen

---

Damen

mit höherer Schulbildung oder guter Volksschulbildung erhalten gewissenhafte Ausbildung zur Stenotypistin, Buchhalterin od. Privatsekretärin in

Wernickes Privat-Handelsschule

Ansgarikirchhof 8

Eduard Koopmann & Co.

Sögestraße 31-33 Schulhof

Größtes und ältestes Spezialhaus für

Damen-Hüte

Vor dem Verschenken an **Manne** denken

Manne,

das Haus der tausend preiswerten Geschenke

Obernstraße Ecke Pelzerstraße



Die moderne **Tweed-Tasche** empfiehlt

C. A. SCHWALLY

Das Haus für preiswerte Geschenke

Sögestraße 16

Hoyer & Kampmeyer, Heinrich Rickens

Haferkamp 75 Roland 1426 — **Bremen** — Hansastraße 240 Roland 5304

Kohlen Koks Briketts

Prompte und reelle Bedienung

Karl Foht - Bremen

Komturstr. 5 Gegr. 1895

Giro-Konto: Bremer Kreditbank A. G. Fernsprecher: Roland 7795

Möbelfabrik Bautischlerei Ladenausbau

Haake-Beck

das deutsche Qualitätsbier

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Hohentorstr. 9. Druck: Volksblatt G. m. b. H. Kassel.